

CLASHES IN EUROPEAN MEMORY. THE CASE OF  
COMMUNIST REPRESSION AND THE HOLOCAUST

Der boomenden Beschäftigung mit Erinnerungskulturen sowie zugleich einem Forschungsfeld der ausrichtenden Institution, des 2005 gegründeten Ludwig Boltzmann Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit mit Sitz in Wien, war diese international besetzte Konferenz gewidmet, die vom 22. bis 24. September 2008 im University of Chicago Center in Paris stattfand. Ziel der Tagung war es, unterschiedliche, zum Teil konträre und oppositionelle Erinnerungsdiskurse zu behandeln, der staatlichen Geschichtspolitik das kommunikative (private) Gedächtnis gegenüberzustellen und durch den Vergleich verschiedener europäischer Länder in weiterer Folge die Konturen transnationaler (europäischer) Erinnerungsräume aufzuzeigen. Die meisten der insgesamt 14 Vorträge waren einzelnen Ländern oder Ländergruppen gewidmet. Das geografische Spektrum reichte dabei von Russland, Schweden und den baltischen Ländern über Tschechien, Polen und Ungarn, Deutschland, Österreich und die Schweiz bis nach Kroatien, Serbien und Bulgarien.

Eingeleitet wurde die Konferenz von Henry Rousso (Paris), der mit seinen Überlegungen zu den Unterschieden zwischen „Ost“ und „West“ in der europäischen Erinnerungskultur bereits einen Punkt vorwegnahm, der in den folgenden zweieinhalb Tagen mehrfach Thema der Diskussionen sein sollte. Im ersten Vortrag widmete sich Olaf Mertelsmann (Tartu) der offiziellen Geschichtspolitik und dem kommunikativen Gedächtnis in den drei baltischen Staaten nach 1989. Er beleuchtete die zwei zentralen Phasen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die erste während der „baltischen Revolutionen“ am Ende der Sowjetunion und die zweite in der Gegenwart, am Beginn des 21. Jahrhunderts. Während es zunächst stärker um die Behandlung der sowjetischen Geschichte und die Herausbildung eines neuen nationalen „master narrative“ gegangen sei, rückten nun langsam auch die (zweifache) Kollaboration der Balten und das Thema Holocaust ins Zentrum der Aufmerksamkeit, was Mertelsmann als langsame Europäisierung der Geschichtspolitik bewertete. Rückblickend betrachtet sollte sich dieser Vortrag gewissermaßen als programmatisch für die Konferenz herausstellen, indem er sich vorrangig auf die staatliche Geschichtspolitik konzentrierte und kaum auf die Frage des kommunikativen oder „privaten“ Gedächtnisses einging.

Den Ländern Ostmitteleuropas wendete sich Muriel Blaive (Wien) zu, die die Erinnerung an Holocaust und Kommunismus in Tschechien, Polen und Ungarn nach 1989 thematisierte. Im Unterschied zu Westeuropa konstatierte sie in den drei Ländern eine besondere Bedeutung des Nationalismus bzw. der nationalen Identität und eine enge Verknüpfung zwischen der Frage nach der nationalen Zugehörigkeit und der Legitimität als Opfer(gruppe): Die „Zentraleuropäer“ verstanden sich als doppelte Opfer der Geschichte, die sowohl Nationalsozialismus als auch Kommunismus erleiden mussten. Dies werde bei den Institutionen der zeitgeschichtlichen Forschung deutlich, die die Periode des Staatssozialismus mit derjenigen der nationalsozialistischen Okkupation gleichsetzten. Darüber hinaus ziehe man aus dem Holocaust keine moralischen Schlüsse, wie dies im „Westen“ der Fall sei.

Über die Konflikte zwischen Geschichtspolitik und kommunikativem Gedächtnis in Bezug auf Holocaust und Gulag in Russland referierte anschließend Maria Ferretti (Viterbo, Italien). Sie konstatierte, dass es in Russland nach wie vor problematisch sei, die Shoah ins kollektive Gedächtnis zu integrieren. Dafür gebe es zahlreiche Gründe: vor der Wende den glorifizierenden Blick auf den Zweiten Weltkrieg; später die Gleichsetzung zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus und damit einhergehend die Viktimisierung des russischen Volkes; seit Putins Aufstieg an die Spitze des Staates den Wandel des Blicks auf die stalinistischen Verbrechen; als zeitlich übergreifendes Element den Antisemitismus in der Sowjetunion vor wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Ferretti bezeichnete es als Paradox, dass der 27. Januar, der internationale Holocaust-Gedenktag, in Russland nicht begangen werde, obwohl dieser Tag die Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee markiert.

Claus Bryld (Roskilde) analysierte die Geschichtspolitik Schwedens und sprach vom realpolitischen Blick auf die Vergangenheit des Landes, der bis in die 1990er Jahre dominant gewesen sei. Erst in den letzten Jahren sei die schwedische Neutralität kritisch hinterfragt, der Blick etwa auch auf die einstige Begeisterung für das nationalsozialistische Deutschland gelenkt worden. Im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen, wo den Historikern eine entscheidende Rolle zugeschrieben werden könne, sei in Schweden, so das Resümee Brylds, die Wende von einem realpolitischen bzw. pragmatischen hin zu einem moralischen Blick auf die eigene Vergangenheit vor allem der Politik zu verdanken.

Christian Gerbel (Wien) wandte sich unter dem programmatischen Titel „Vom Opfermythos zur Integration jüdischer Erfahrungen“ der österreichischen Geschichtspolitik zu. Nach 1945 könne man in Österreich von einer Exterritorialisierung und Externalisierung des Nationalsozialismus sprechen; trotz (selbst-)kritischer Tendenzen in den 1960er Jahren habe erst die Affäre um Kurt Waldheim zwanzig Jahre später eine Wende in der österreichischen Perspektive auf die eigene Geschichte bewirkt. Seit den 1990er Jahren werde die Mitschuld Österreichs am Nationalsozialismus und am Holocaust vom Großteil der politischen Elite anerkannt und daraus eine Mitverantwortung abgeleitet, die sich zum Beispiel in der Gründung von entsprechenden Fonds, der Einsetzung einer Historikerkommission, in Form von Restitutions- und Kompensationen sowie der Errichtung eines zentralen Holocaust-Mahnmals in Wien äußere.

Über die Schweiz und deren (Nicht-)Teilhabe am Weltgeschehen berichtete Georg Kreis (Basel). Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete die Aussage Jean-Pascal Delamuraz', ob denn Auschwitz in der Schweiz liege. Dieses Land, das sich gerne als einsame Insel (oder als abgeschotteter Berg oder auch als Kombination aus beidem) betrachte, wie Kreis anhand von Karikaturen illustrierte, habe sich lange im „Schlaf der Gerechten“ befunden. Selbst erste Veröffentlichungen und Diskussionen über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wie auch die Ergebnisse einer unabhängigen Expertenkommission (der so genannten Bergier-Kommission) hätten daran zunächst nichts Wesentliches geändert. Erst mit der Gründung zweier Fonds und der Vereinbarung der Schweizer Banken mit dem Jüdischen Weltkongress in den späten 1990er Jahren habe die Schweiz, so Kreis weiter, begonnen, Verantwortung für die eigene Rolle im Zweiten Weltkrieg zu übernehmen.

Daran anknüpfend sprach Berthold Unfried (Wien) über die zwei deutschen Enquetekommissionen zur DDR-Vergangenheit, der „zweiten deutschen Diktatur“. Dabei zog er auch einen Vergleich mit Wahrheits- und Geschichtskommissionen in Südafrika und Lateinamerika und stellte der deutschen Situation am Ende knapp die österreichische Sicht auf den Kommunismus gegenüber.

Fortgesetzt wurde die Konferenz am zweiten Tag unter der Moderation von Maria Todorova (Urbana-Champaign) mit einer Einleitung des abwesenden Georges Mink (Paris), die von Muriel Blaive verlesen wurde. Mink zufolge reichten die bisherigen Konzepte der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Gedächtnis, die er vor allem in der Philosophie (Paul Ricoeur), der Soziologie (Maurice Halbwachs) und der Geschichte (Pierre Nora) verortete, für das Verständnis aktueller Tendenzen im Umgang mit der Vergangenheit nicht aus. Um aus der „Sackgasse“ dieser drei Paradigmen herauszugelangen, regte Mink die Einbindung der Politikwissenschaft an, wobei er besonders die Frage der „*mémoire réactive*“ hervorhob, also das Vermögen, das kollektive Gedächtnis zu reaktivieren und es in aktuellen politischen Debatten einzusetzen. Den Bestand an diesbezüglichen Ressourcen bezeichnete Mink als „Gedächtnis-Fundorte“ (*gisements mémoriels*). Schade war freilich, dass Georges Mink nicht selbst anwesend war und seine Ideen folglich in der Diskussion kaum aufgegriffen wurden.

Oliver Rathkolb (Wien) betrachtete in seinem Referat die Perzeption des Holocaust in der tschechischen, polnischen und ungarischen öffentlichen Meinung unter Berücksichtigung des österreichischen „Sonderfalls“. Aussagen über das kommunikative Gedächtnis versuchte er dabei aus einer aktuellen Meinungsumfrage abzuleiten, die demokratisches Potenzial, autoritäre Einstellungen und historisches Bewusstsein über den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegsordnung abfragte: Einerseits zeige sich in den drei postkommunistischen Ländern die Tradierung alter Denkmuster (etwa die Überbetonung des heimischen Widerstands oder die geringe Bereitschaft, Mitverantwortung für das Schicksal der Juden während des Zweiten Weltkriegs einzugestehen), andererseits könne auf Grund deutlicher Unterschiede in den Umfrageergebnissen festgestellt werden, dass die kommunistische Erinnerungs- bzw. Vergangenheitspolitik nicht zur vollständigen Homogenisierung der Einstellungen gegenüber Juden führte: Oft lägen die tschechischen Ergebnisse dichter bei den österreichischen als bei denen aus Polen und Ungarn.

Anhand lokaler Untersuchungen in Grenzregionen und -städten untersuchte Berthold Molden (Wien) die Rolle des Kalten Krieges in der europäischen Erinnerung. Seine diachrone Perspektive umfasste das zeitgenössische Andenken an den Zweiten Weltkrieg als auch den Kalten Krieg selbst als erinnerte Epoche. Molden betonte, dass sich „Ost“ und „West“ einerseits deutlich voneinander unterscheiden, beispielsweise in der Frage des Vergleichs bzw. der Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus, man andererseits an den gegenseitigen (nationalen) Wahrnehmungen in Zentraleuropa erkennen könne, wie gering der Stellenwert der Zeit von 1945 bis 1989 sei und in welchem ungleich größerem Maß auf die Zeit vor 1938, auf den Anfang des 20. und das Ende des 19. Jahrhunderts rekurriert werde.

Thomas Lindenberger (Potsdam) befasste sich in einem äußerst aufschlussreichen Vortrag am Beispiel Deutschlands mit „*Governing conflicted memories*“. „Govern-

ing“ beschrieb er dabei als Politik der Anleitung, die die Bürger zu einer Handlung aus freien Stücken bewege. Seit der deutschen Wiedervereinigung sei die Politik verstärkt mit der Notwendigkeit konfrontiert worden, verschiedene (teils einander ausschließende) Vergangenheits-Konzepte, vor allem die beiden offiziellen Geschichtsnarrative aus der Zeit vor 1989, zu kombinieren und zu homogenisieren. Dadurch solle eine friedliche Koexistenz der unterschiedlichen Gedächtnisse und Erinnerungskulturen gewährleistet werden. Aus diesem Grunde betreibe die Geschichtspolitik nicht zuletzt auch die Exklusion spezifischer (z. B. rechtsextremer) Gedächtnisse.

Die Nachmittagssektion, moderiert von Marie-Janine Calic (München), eröffnete Natalija Bašić (Berlin) mit Ausführungen zu kommunikativer Erinnerung und Familiengedächtnis in Kroatien und Serbien, einer Region, in der der Zweite Weltkrieg nicht der letzte kriegerische Konflikt war. In erster Linie anhand von Interviews analysierte sie die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, an Okkupation, Widerstand und Kollaboration. Einen wichtigen Bestandteil der Untersuchung bildete zudem das Bild der Deutschen. Die Auswertungen weisen auf eine gewisse neutrale Haltung gegenüber der Kollaboration hin, auf ein eher positives Image der Deutschen und vor allem auf eine Heroisierung des Alltags und des „einfachen“ Überlebens der (Groß-)Eltern während des Zweiten Weltkrieges.

Auch im letzten Vortrag des zweiten Konferenztags lag der Schwerpunkt auf Südosteuropa. Stefan Troebst (Leipzig) erörterte die bulgarischen Debatten über das Schicksal der Juden in Bulgarien im Zweiten Weltkrieg. Der Mythos der Errettung der bulgarischen Juden und damit auch das (Selbst-)Bild des (einzigen) Landes ohne Antisemitismus und ohne Xenophobie habe sich bis ins 21. Jahrhundert halten können. Auch nach 1989 sei das Vergangenheitsnarrativ in Bulgarien grundsätzlich gleich geblieben, es seien nur die Akteure, die „Retter“ der Juden ausgetauscht worden: An die Stelle des Proletariats und der kommunistischen Partei seien in der öffentlichen Wahrnehmung nun König Boris und einzelne andere Politiker getreten. Inzwischen habe sich die Kritik an dieser Sichtweise verstärkt, sodass man heute ein multiples Erinnern registrieren könne, eine Mischung der Narrative von Errettung, Deportation und Vernichtung der bulgarischen Juden.

Als Schluss- und wohl auch Höhepunkt der Konferenz hielten Pieter Lagrou und Natan Sznaider unter der Moderation von Martin Sabrow (Potsdam) zwei allgemeinere Vorträge, bevor die Teilnehmer in einer Podiumsdiskussion Bilanz zogen. Inhaltsreiche und kritische Überlegungen zu „Opfertum“, Identität und Emanzipation von der Vergangenheit stellte zuerst Pieter Lagrou (Brüssel) an. Von der Prämisse einer gemeinsamen Erinnerungskultur in Europa ausgehend, behandelte er die Schwierigkeiten eines europäischen Gedächtnisses und einer europäischen Identität. Der heutige Opferdiskurs in Europa orientiere sich stark an der Vergangenheit und sei somit kaum ein konstruktiver und zukunftsorientierter Teil der aktuellen politischen Debatten um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bei Opferdiskursen gehe es nicht allein um gesellschaftliche Anerkennung und deren Konsequenzen, sondern in besonderem Maße um die verbindende, identitätsstiftende (und somit auch exkludierende) Wirkung. Während Opferdiskurse zwar retrospektiv seien, werde der Opferstatus (im Gegensatz zu jenem der Täter) jedoch in die nächste(n)

Generation(en) weitergegeben – was die Zukunft als Rückkehr in die Vergangenheit erscheinen lasse.

Natan Sznajder (Tel Aviv) sprach anschließend über Leiden als universelles Gerüst für das Verständnis von Erinnerungspolitik. Er wies auf die Entwicklung vom partikularen zum universalen Opferbewusstsein bzw. vom historischen zum strukturellen Trauma hin (wobei letzteres einer konkreten Geschichte und Erfahrung entbehren ist, also keine fassbaren Akteure, weder Opfer noch Täter, kennt). Zweiter Weltkrieg und Holocaust seien so im „kosmopolitischen“ (europäischen) Gedächtnis zu einem Ereignis geworden, an dem ganz Europa Schuld- und gleichzeitig Leidtragender sei. Den Juden komme in dieser universalen Erinnerung kein besonderer Platz mehr zu, weswegen Sznajder auch dafür plädierte, hinter den Diskussionen um Opfer und Traumata nicht die konkreten, an Individuen verübten Verbrechen zu vergessen.

Bereits an den ersten beiden Konferenztagen, vor allem in den lebhaften Diskussionen im Anschluss an die Vorträge, waren Fragen aufgeworfen worden, die die gesamte Konferenz begleiteten und in der Abschlussdiskussion zum Teil wieder aufgegriffen wurden. Das Podium bestand aus Henry Rousso, Aleida Assmann (Konstanz), Gabi Dolff-Bonekämper (Berlin) und Harald Welzer (Essen). Behandelt wurden Fragen nach der Definition von (kommunikativem, privatem) Gedächtnis und Erinnerung, nach dem Unterschied zwischen Geschichtspolitik und Gedächtnis, nach dem wissenschaftlichen Feld der Erinnerungsgeschichte und -kultur sowie nach den Aufgaben von Historikerinnen und Historikern.

Obwohl oft (und nicht zuletzt auch in der Konzeption der Konferenz) von einem transnationalen, europäischen Gedächtnis die Rede war, wurde die Trennung in Ost und West in vielen Referaten stark betont. Auch Aleida Assmann erwähnte die „invisible wall“ in Europa, wobei im Westen ein transnationales und selbstkritisches Gedächtnis des Holocaust, der Kollaboration etc. zu beobachten sei, wohingegen in Osteuropa nationale (Opfer-)Gedächtnisse des eigenen Leidens vorherrschten. Während Gabi Dolff-Bonekämper von „Gedächtniskollektiven“ als Basis für kollektives Erinnern sprach, von In- und Exklusivität derartiger Gruppen und dem Idealziel, „Momente des Hineintretens“ in Gedächtniskollektive zu schaffen, hob Assmann die Bedeutung eines minimalen gemeinsamen Geschichtsbewusstseins in Europa hervor. Dieser bipolaren Betrachtung der europäischen Erinnerungskultur widersetzte sich dezidiert Marie-Janine Calic mit dem Hinweis darauf, dass es einer konkreten Herangehensweise an Gedächtnis und nationale Geschichtsnarrative bedürfe, um festzustellen, wie gering der Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa bzw. dass er überhaupt nicht vorhanden sei.

Harald Welzer, der zunächst den Sinn des „Hineintretens“ in „Gedächtniskollektive“ hinterfragte, nahm dann generell den heutigen „Memory-Boom“ in den Blick. Welzer zufolge liege dieser unter anderem im Untergang der alten Welt begründet, so dass einzig die Erinnerung übrigbleibe. Die Hinwendung zum Gedächtnis stelle vielleicht auch eine Suche nach dem alten Europa und der ehemaligen Stärke des Kontinents und damit letztendlich nach Identität in einer sich verändernden Welt dar.

Die Konferenz, die vor allem aufschlussreiche Einblicke in die Vergangenheits- und Geschichtspolitik zahlreicher europäischer Staaten gegeben hat, machte deut-

lich, wie breit bzw. unterschiedlich die Begriffe Erinnerung und Gedächtnis aufgefasst werden. So äußerte auch Henry Rousso in der Schlussdiskussion den Eindruck, dass es in der Frage des Begriffs von Gedächtnis und Erinnerung deutlichere „clashes“ als im europäischen Gedächtnis selbst gebe. Und Oliver Rathkolb stimmte dem mit seiner Bemerkung zu, dass geeignetere Titel der Tagung vielleicht „Clashes in history politics“, „Konflikte zwischen Meistererzählungen“ oder die „Suche nach einem europäischen Narrativ“ gewesen wären.